



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
6. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 10.12.2015
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Frau Britta Dreher
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Frau Kerstin Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Michael Krause
Herr Gökçen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Frau Lana Schnack
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Ralf Langner

Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Frau Julia Freundl
Herr Ralf Kosanetzki
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Personalrat
Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Entschuldigt fehlten
Herr Wilhelm Kemna
Frau Annette Mann

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	103/2015
3	Entlastung des Betriebsausschusses für das Geschäftsjahr 2014	098/2015
4	Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen (Abfallgebührensatzung)	083/2015
5	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen (Gebührensatzung)	086/2015
5.1	Antrag der CDU-Fraktion	
6	Neufassung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen	087/2015
7	Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarkt und Kirmessen) 2016	085/2015
8	Stellenausschreibung Beigeordnete	119/2015
9	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016	102/2015
10	Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen	084/2015
11	Haushaltssatzung für das Jahr 2016	097/2015
11.1	Antrag der Fraktion FW/FDP	
11.2	Antrag der Fraktion Die Linke/GAL	
12	Bestätigung des Gesamtabchlusses 2014	107/2015
13	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	108/2015
14	Abfälle sind kein Fall für das Abwasser hier: Antrag der CDU-Fraktion	
15	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr Wilfried **Becker**, wohnhaft in der Friedhofstraße 60 in Kamen, fragte nach, warum die wenig benutzte südliche Seite des Friedhofs zukünftig nicht stillgelegt werde anstatt sie weiter instandzuhalten und ob Kosteneinsparungen geplant seien.

Herr **Mösgen** erinnerte an den sachlich formulierten Leserbrief von Herrn Becker im Hellweger Anzeiger. Sein Ansatz, Kosten zu sparen, decke sich mit dem Ansatz der Verwaltung. Zu den Ausführungen von Herrn Becker erläuterte er, dass der Bund die Kosten für den Ehrenfriedhof voll erstatte und der Gebührenzahler somit nicht belastet werde. Er verwies auf die Gebührensystematik und auf das Kostendeckungsprinzip. Die Liste der einzelnen Kostenpositionen sei lang. Es werde versucht, den Gebührenzahler so wenig wie möglich zu belasten. Herr Mösgen betonte, dass die Anschaffung des Baggers notwendig gewesen sei.

Der **Bürgermeister** schlug Herrn Becker ein persönliches und klärendes Gespräch zur Erörterung seiner Fragen vor.

Zu TOP 2.
103/2015

Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Jugendhilfeausschuss

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
ordentliches Mitglied:	Pfarrer Herbert Ritter	Pfarrer Klaus Suk
stellv. Mitglied:	Pfarrer Klaus Suk	Pfarrer Jochen Voigt

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
098/2015

Entlastung des Betriebsausschusses für das Geschäftsjahr 2014

Die nachstehenden Mitglieder des Rates haben gem. § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen:

Karsten Diederichs-Späh, Carsten Diete, Britta Dreher, Joachim Eckardt, Rainer Fuhrmann, Klaus Dieter Grosch, Petra Hartig, Hans-Dieter Heidenreich, Kerstin Heidler, Stefan Helmken, Gunther Heuchel, Peter Holtmann, Klaus Kasperidus, Christiane Klanke, Michael Krause, Gökçen Kuru, Friedhelm Lipinski, Susanne Middendorf, Adrian Mork, Theodor Wältermann, Bettina Werning und Dietmar Wünnemann.

Beschluss:

Dem Betriebsausschuss wird gem. § 4 Buchstabe c der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
083/2015

Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen (Abfallgebührensatzung)

Herr **Holtmann** erläuterte die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den vorgelegten, nachstehenden Gebührensatzungen
(siehe Redebeitrag - Anlage 1 der Niederschrift).

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Neufassung der „Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

*Auf Anregung der CDU-Fraktion schlug der **Bürgermeister** vor, den Beschlussvorschlag 084/2015 zu ehemals TOP 5 erneut zu überprüfen und unter TOP 10 wieder aufzurufen. Die fortlaufenden Tagesordnungspunkte ändern sich entsprechend. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.*

Zu TOP 5.
086/2015

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen (Gebührensatzung)

Zu TOP 5.1.

Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion. Sie rügte die fehlende Aufschlüsselung von einzelnen Kosten und die daraus resultierende Intransparenz. Daher solle der örtlichen Rechnungsprüfung der Auftrag erteilt werden, die Gebührenkalkulation für das Jahr 2016 auf Richtigkeit zu überprüfen. Sie begründete das anhand des Produktes „Bestattungswesen“. Hier sei ein Aufwand verrechnet worden, der knapp 100.000 € niedriger sei als der Ansatz in der Gebührenkalkulation. Dies sei nicht nachvollziehbar. Weiter plädierte sie im Hinblick auf eine zukunftsfähige Neuorientierung dafür, die KommunalAgentur Nordrhein-Westfalen zu beauftragen, die Satzung sowie die Gebührenkalkulation zu überprüfen. Sie regte an, über die einzelnen Punkte des Antrags getrennt abzustimmen.

Herr **Mösgen** verwies auf die Kostenproblematik bei Friedhöfen im kommunalen Bereich. Zum einen sei eine Urnenbestattung nicht günstiger als eine Erdbestattung, zum anderen hätten sich die Bestattungswünsche geändert. Er zitierte eine Empfehlung aus dem Abschlussbericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA), die Gebühren für Urnengräber zu erhöhen. Dieser Empfehlung sei man nachgekommen. Herr Mösgen erläuterte ausführlich die Gebührenkalkulation und splittete die Personalkosten einzeln auf. Zu den kalkulatorischen Kosten würden u.a. auch die Abschreibungen von Maschinen gehören, hier schlage sich beispielsweise die Anschaffung des Friedhofsbaggers nieder. Auch fänden sich die Kosten für die Instandhaltung der Friedhofswege und der Trauerhalle in den Aufwendungen wieder. Bei der Kostensteigerung von 68.200 € handele es sich um die allgemeinen 2-prozentigen Gehaltserhöhungen für tariflich Beschäftigte. Er stellte klar, dass ein Vergleich zwischen einem konfessionellen und einem kommunalen Friedhof kaum möglich sei.

Aufgrund der aktuellen Überprüfung der GPA halte er den Punkt 1 im Antrag der CDU-Fraktion für obsolet. Das RPA werde zu keinem anderen Ergebnis kommen. Zu Punkt 2 kritisierte er, dass auf der einen Seite eine Gebührenerhöhung nicht gewollt sei, auf der anderen Seite die KommunalAgentur kostenpflichtig beauftragt werden solle. Er stellte klar, dass sich die Kosten der KommunalAgentur am Ende negativ auf die Gebühren niederschlagen würden.

Ihm missfiel der Antrag der CDU insbesondere deswegen, weil der Anschein erweckt werde, die Mitarbeiter der Stadtverwaltung seien unfähig, eine Gebührenkalkulation zu erstellen. Der Antrag gehe über sein Ziel hinaus. Es sei wichtig, die Gebührenstrukturen zu überprüfen und den Bürger so wenig wie möglich zu belasten. Zum Schluss betonte er, dass die Kostenerhöhung bei den Urnenbestattungen zu spät erfolgt sei.

Herr **Krause** sah keinen Hinweis auf eine fehlerhafte Gebührenkalkulation. Die Satzungen und die dazugehörigen Kalkulationen seien schlüssig und ließen keine unsachgerechte Arbeit der städtischen Mitarbeiter erkennen. Er erinnerte, dass die Verwaltung der Empfehlung der GPA gefolgt sei. Den Punkt 1 im Antrag der CDU-Fraktion halte er für fehlgeleitet, die SPD-Fraktion teile nicht das Misstrauen an der Arbeit der Mitarbeiter. Die Gebührenberechnung fremd zu vergeben lehne er entschieden ab. Somit werde die SPD-Fraktion dem Antrag in beiden Punkten nicht zustimmen.

Herr **Eisenhardt** wies die Unterstellung der Misstrauensfrage zurück. Offenheit schaffe Transparenz und Transparenz schaffe Vertrauen. Er sehe bei den Gebührenkalkulationen keine offenen und transparenten Berechnungen. Er plädierte dafür, die intransparente Gebührenkalkulation hausintern von dem Rechnungsprüfungsamt überprüfen zu lassen. Es sei richtig, dass die Beauftragung der KommunalAgentur Kosten verursache. Trotzdem sei es sinnvoll und er sah den Nutzen als positiv an. Die CDU-Fraktion würde den Punkt 1 des Antrages zurückstellen, wenn ihr der Bericht der GPA zur Verfügung gestellt werde und dieser nachvollziehbar sei.

Frau **Schaumann** sprach sich für eine Zustimmung zum Punkt 1 des Antrags aus, außer dieser sei soeben von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden. Punkt 2 sei nicht zustimmungsfähig, da die Mitarbeiter sehr wohl in der Lage seien, eine Gebührenkalkulation zu erstellen. Zusätzliche Kosten seien für eine Beauftragung der KommunalAgentur somit nicht notwendig.

Der **Bürgermeister** berichtete, dass der GPA-Bericht derzeit verwaltungsseitig ausgewertet werde. Es werde beabsichtigt, ihn Anfang des Jahres den Fraktionen zuzuleiten. Er fragte die CDU-Fraktion, ob der Zeitpunkt ausreichend sei.

Herr **Eisenhardt** bejahte und teilte mit, dass Punkt 1 des Antrages somit zurückgestellt werden könne.

Frau **Klanke** dankte Herrn Mösgen für die ausführliche Erläuterung der Kosten- und Leistungsrechnung. Diese sei ein geeignetes Mittel, um die Kosten in einer Verwaltung transparent zu machen. Daher könne sie die Nachfragen insbesondere im Bereich der Personalaufwendungen nicht nachvollziehen. Misstrauen gegenüber den städtischen Mitarbeitern sei unangemessen. Die Mitarbeiter verfügten über die notwendigen Kompetenzen. Die Gebührenkalkulationen seien in der Vergangenheit stets ordnungsgemäß erstellt worden.

Herr **Mösgen** ergänzte, dass Overhead-Kosten schon immer eingerechnet wurden und es somit keine Änderung des Verfahrens gebe.

Frau **Scharrenbach** hielt an ihrer Überzeugung fest, dass die Kalkulationen für die CDU-Fraktion und auch für den Bürger intransparent und nicht nachvollziehbar seien. Sie stellte in Frage, ob die Overhead-Kosten in dieser Höhe abgerechnet werden müssten und schlug vor, zukünftig diese Kosten zu überdenken. Ihre Fraktion werde den GPA-Bericht auswerten und beraten. Erst dann sollte eine erneute Abstimmung über Punkt 1 des Antrages erfolgen.

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass die Verwaltung offen sei, über die Overhead-Kosten zu diskutieren und in Zukunft eine transparentere Darstellung vorzunehmen. Er machte aber deutlich, dass nur 7,04% der Personalkosten in die Gebührenkalkulation einfließen und auch die angerechneten Überstunden zu Gunsten der Bürger korrigiert worden seien.

Herr **Grosch** informierte, dass die Fraktion Die Linke/GAL Punkt 1 des Antrages zugestimmt hätte. Er werte eine Überprüfung des Rechnungsprüfungsamtes nicht als Misstrauen gegenüber der Verwaltung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Kamen erteilt der örtlichen Rechnungsprüfung den Auftrag, die Gebührenkalkulation für die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen für das Jahr 2016 auf Richtigkeit (Ansatz, Höhe und Bewertung) zu überprüfen. Dem Rat der Stadt Kamen ist über das Prüfungsergebnis schriftlich Bericht zu erstatten.
2. Der Rat der Stadt Kamen beschließt, dass mit der Erstellung der Gebührenkalkulation für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen für das Jahr 2017 die KommunalAgentur Nordrhein-Westfalen beauftragt wird. Die Beauftragung beinhaltet die Überprüfung der Satzung sowie der bisherigen Friedhofsgebührenkalkulation mit der Zielsetzung – unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingung – Vorschläge für eine zukunftsfähige Neuorientierung zu schaffen. Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss eines entsprechenden Vertrages.

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1: wurde zurückgestellt

zu Punkt 2: bei 2 Enthaltungen und 25 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschlussfassung zur Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen (Gebührensatzung), Vorlage 086/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen und die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenkalkulation.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 6.
087/2015

Neufassung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Neufassung der "Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen, der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen" und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfskalkulation.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
085/2015

Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarkt und Kirmessen) 2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarkt und Kirmessen). Die bestehenden Gebührensätze gelten auch für das Jahr 2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
119/2015

Stellenausschreibung Beigeordnete

Der **Bürgermeister** wies darauf hin, dass eine Vertretungsregelung für das Dezernat von Herrn Mösgen schon ab Januar vorzunehmen sei. Er bat den Rat um Unterstützung, die vakanten Stellen schnellstmöglich neu zu besetzen, um die Fachlichkeit in der Verwaltungssteuerung wieder herzustellen.

Herr **Krause** hielt rückblickend auf das Jahr 2015, bedingt durch die Personalveränderungen und die zunehmenden Aufgaben die neue Konzipierung des Verwaltungsvorstandes für notwendig und begründet. Die SPD-Fraktion unterstütze den Beschlussvorlag.

Herr **Eisenhardt** erinnerte an den strukturellen Verwaltungswandel der letzten 20 Jahre. Der Personalkörper nehme aufgrund der haushaltsrechtlichen Situation seit Jahren ab. Dies habe zu enormer Arbeitsverdichtung geführt. Er kritisierte die nicht nachvollziehbare Stellenumwandlung bei Herrn Dr. Liedtke, der vom Fachdezernenten zum Beigeordneten gewählt worden sei. Es gebe grundsätzlich keine rechtliche Notwendigkeit, Beigeordnete in einer Stadtverwaltung zu beschäftigen. Mehr als zwei Beigeordnetenstellen würden von der CDU-Fraktion nicht mitgetragen. Daher sehe er keine Notwendigkeit, einen dritten Beigeordneten zu implementieren. Die Verwaltung sei mit der Ebene von Fachdezernenten durchaus

handlungsfähig. Er unterstellte, dass neue Beigeordnetestellen die Kostenstruktur belasten würde. Er regte an, dass der Bürgermeister ein Dezernat fachlich und eigenständig leiten und führen solle. Daher werde die CDU-Fraktion der gemeinsamen Stellenausschreibung nicht zustimmen.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass der Dezernatsverteilungsplan sich gegenüber dem Vorjahr nicht ändern würde. Die Kritik an Herrn Dr. Liedtke sei unangemessen. Der hoheitliche Planungsbereich in einer Verwaltung gehöre in eine Dezernentenfunktion. Auf der Kostenebene mache es keinen Unterschied, da das Anforderungsniveau angemessen sei. Zu den Aufgaben eines Bürgermeisters gehörten unter anderem die Gesamt- und Steuerungsverantwortung, das Beteiligungsmanagement, der gesamte repräsentative Bereich und auch die zeitintensive städtepartnerschaftliche Kontaktpflege. Diese Tätigkeiten seien alle nicht im Dezernatsverteilungsplan zu finden. Er begründete die weiteren Beigeordnetenstellen insbesondere mit den vielen wichtigen Querschnittsaufgaben, wie z.B. in den Bereichen der Flüchtlingshilfe, der Liegenschaften sowie der Beschaffung und der Betreuung der Sozialarbeit.

Herr **Krause** sprach sich für die positiven Entwicklungsperspektiven aus. Gutes Führungspersonal müsse die Verwaltung halten und fördern. In der Hauptsatzung seien drei Beigeordnete verankert und darauf müsse aufgrund der Arbeitsverdichtung zurückgegriffen werden.

Frau **Schaumann** berichtete, dass die Ausschreibung der 1. Beigeordnetenstelle insbesondere aufgrund der Aufgaben im Sozialbereich eine Selbstverständlichkeit sei. Auch die weitere Ausschreibung sehe sie unproblematisch, da sich die Kosten unwesentlich verändern würden. Kritisch sah sie die Struktur im Bereich der Wirtschaftsförderung. Hier wünsche sie sich aufgrund des Strukturwandels, der hohen Arbeitslosigkeit und der ansteigenden Sozialabgaben einen eigenständigen Wirtschaftsförderer. Die Fraktion FW/FDP werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Frau **Dörlemann** äußerte zwar anfängliche Bedenken einer aufgeblähten Verwaltungsspitze, andererseits seien die Aufgabenbereiche für die Verwaltungsleitung in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Daher werde die Fraktion B90/Die Grünen den Stellenausschreibungen zustimmen.

Herr **Grosch** hielt die Aufstellung der Dezernate für plausibel. Seit Jahren werde schon auf die dritte Beigeordnetenstelle verzichtet. Er sprach sich für eine weibliche Besetzung aus.

Frau **Heidler** erläuterte, dass das 4-Säulen-Modell stimmig sei. Sie betonte, dass ein Beigeordneter nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten habe und der Rat davon profitieren würde. Sie bezog sich auf § 69 der Gemeindeordnung.

Herr **Eisenhardt** empfand den vorgelegten Dezernatsverteilungsplan insbesondere im Dezernat der Kämmerei und im Dezernat des Sozialbereiches schlüssig. Dies sei aber kein Argument, die Ebene der Verwaltungsleitung zu vergrößern.

Herr **Heidler** argumentierte, dass sich eine Dezernatsaufteilung der Zeit anpassen müsse. Bei dem 4-Säulen-Modell handele es sich um eine verschlankte Struktur.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass der vorgelegte Dezernatsverteilungsplan gegenüber dem bisherigen zu Kosteneinsparungen i.H.v. knapp 100.000 € führe.

Herr **Heidenreich** hielt das zukunftsorientierte, klare Organigramm für wichtig und erforderlich.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Stelle der/des 1. Beigeordneten sowie einer/eines weiteren Beigeordneten gem. § 71 Abs. 2 NRW auszu-schreiben.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 9.
102/2015

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016

Herr **Tost** erläuterte kurz die ergänzende Anlage zur Beschlussvorlage.

Für die SPD-Fraktion nahm Herr **Heidler** Stellung zum Stellenplan und begründete die Zustimmung.

(siehe Redebeitrag – Anlage 2 der Niederschrift)

Für die CDU-Fraktion erläuterte Herr **Eisenhardt** die Ablehnung des Stellenplans. Zunächst bedankte er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Besonders die Flüchtlingshilfe habe für alle eine enorme zusätzliche Arbeit bedeutet. Dies werde nun im neuen Stellenplan erfreulicherweise berücksichtigt.

Nach Beratungen innerhalb der Fraktion, mit dem Personalrat und der Verwaltung könne die CDU-Fraktion den diesjährigen Stellenplan nur teilweise mittragen. Positiv sei die Flexibilität im Stellenplan. Mitarbeiter könnten sich dadurch besser weiterentwickeln. Auch begrüßte er die Stellenerweiterungen, wie z.B. im Bereich der Flüchtlingsarbeit, die Querschnittsstellen im Bibliothekswesen und in der Lohnbuchhaltung. Ebenso begrüßte er die Einstellung von Auszubildenden sowie die Stellen für Praktikanten und Bundesfreiwilligendienstleistenden (Bufdis). Hierzu könne das Arbeitspapier aussagekräftiger sein und erläutern, in welchen Bereichen Praktikanten und Bufdis eingesetzt würden.

Kritisch sah er die weitere Stelle eines Beigeordneten, diese sei nicht sachgerecht. Der im Beschlussvorschlag aufgeführte HSK-Grundsatz werde nicht beachtet. Er legte am Beispiel der Alterspyramide dar, dass die Entwicklung zeige, dass auch die HSK-Maßnahme 63 nicht gehalten werden könne. Dies könne einen Fachkräftemangel auslösen. Hierzu sehe er im Stellenplan keine Maßnahmen, die dagegen wirken könnten.

Nach Abwägung der Pros und Contras könne die CDU-Fraktion dem Stellenplan nicht zustimmen.

Frau **Dörlemann** bewertete für die Fraktion B90/Die Grünen den vorgelegten Stellenplan und legte die Gründe der Zustimmung dar.

(siehe Redebeitrag – Anlage 3 der Niederschrift)

Für die Fraktion Die Linke/GAL teilte Herr **Heuchel** die Zustimmung zum Stellenplan mit und zeigte die Gründe auf.
(siehe Redebeitrag – Anlage 4 der Niederschrift)

Der **Bürgermeister** wies darauf hin, dass die von der Fraktion Die Linke/GAL gewünschten Ausbildungsberufe in der Verwaltung nicht branchenüblich seien und sie daher nicht vollständig abgedeckt werden könnten.

Für die Fraktion FW/FDP begründete Herr **Stalz** die Zustimmung zum Stellenplan.
(siehe Redebeitrag – Anlage 5 der Niederschrift)

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.

Die Regelungen im Haushaltssicherungskonzept sind grundsätzlich zu beachten.

2. Dem vorgelegten Stellenplan 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zur weiteren Verfahrensweise informierte der **Bürgermeister**, dass die zurückgestellte Beschlussvorlage 084/2015 fehlerhaft gewesen sei und dies Auswirkungen auf die Gebühren habe. Er schlug eine verlängerte Pause von 30 Minuten vor, damit die korrigierte Vorlage von den Fraktionen beraten und im Anschluss beschlossen werden könne. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Herr **Mösgen** teilte mit, dass die erneute Überprüfung zu einer Entlastung des Gebührenzahlers um jährlich 9 € geführt habe.

Die geänderte Beschlussvorlage und Gebührekalkulation wurde an die Ratsmitglieder verteilt und die Sitzung von 18:05 Uhr bis 18:35 Uhr unterbrochen.

Zu TOP 10.
084/2015

Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Neufassung der „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Kamen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenkalkulation.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.
097/2015

Haushaltssatzung für das Jahr 2016

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass im Ältestenrat beschlossen worden sei, die Redezeit zum Haushalt auf 10 Minuten zu verlängern. Er schlug vor, dass zunächst die Haushaltsreden von den Fraktionen gehalten würden. Anschließend würden die Anträge im Einzelnen zur Beratung und Beschlussfassung gestellt. Danach solle gemeinsam über den Beschlussvorschlag zur Haushaltssatzung und zum Haushalts sicherungskonzept abgestimmt werden. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Herr **Krause** erläuterte für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum Haushalt. *(siehe Redebeitrag – Anlage 6 der Niederschrift)*

Frau **Scharrenbach** begründete für die CDU-Fraktion die Ablehnung des Haushalts. Sie hielt die Höhe der Kassenkredite für besorgniserregend. Zu folgenden zentralen Themen nahm sie für die CDU-Fraktion Stellung. Zum einen fehle es an Impulsen für eine aktive Wirtschaftsförderung. Sie sehe keinen Fortschritt bei der Breitbandversorgung in den Gewerbegebieten. Gerade für die Gewerbetreibenden sei dies ein wichtiger Faktor, um sich in Kamen anzusiedeln. Dies sei wiederum maßgeblich, um zukünftig Arbeitsplätze zu sichern. Sie wünschte eine Zusammenlegung der Bereiche der Wirtschaftsförderung und des Technoparks. Zum anderen vermisse sie Ideen gegen die Entwicklung der Strukturveränderungen. Die Einwohnerzahl würde sich zukünftig verringern. Daher müsse die Infrastruktur angepasst werden. Ansonsten würden Gebührenerhöhungen zu Attraktivitätsverlust führen.

Desweiteren fehle es an Perspektiven hinsichtlich der Integrationsbemühungen, wie z.B. bei dem Ausbau von Kitas. Hier bedürfe es einer vernünftigen Planung, um Überbelegungen zu vermeiden.

Bei der Unterbringung von Asylsuchenden sei der Bau einer neuen Gemeinschaftsunterkunft sinnvoll, um zu einem späteren Zeitpunkt ältere Unterkünfte dorthin zu verlagern.

An der Friederich-Ebert-Schule seien rund 30 neue Asylsuchende im schulpflichtigen Alter angemeldet worden. Hier sei es sinnvoll, den Ansatz für Lernmittel im Haushalt zu erhöhen und Investitionen für Außenspielgeräte auf dem Schulhof bereitzustellen. Weiter stelle sich die Frage nach der Gestaltung des offenen Ganztagsbereichs, insbesondere in räumlicher Hinsicht.

Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen. Es fehle an Perspektiven hinsichtlich der Struktur- und Systemveränderungen. Abschließend lobte sie Herrn Mösgen für sein Engagement und seine Kooperation, vor allem im Bereich der Flüchtlingspolitik.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründete Herr **Mork** die Zustimmung zum Haushalt.

(siehe Redebeitrag – Anlage 7 der Niederschrift)

Herr **Grosch** nahm für die Fraktion Die Linke/GAL Stellung zur Ablehnung des Haushaltes.

(siehe Redebeitrag – Anlage 8 der Niederschrift)

Für die Fraktion FW/FDP bewertete Frau **Schaumann** die Ablehnung zum Haushalt.

(siehe Redebeitrag – Anlage 9 der Niederschrift)

Herr Ebbinghaus verlässt um 19.30 Uhr die Sitzung und nimmt an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Zu TOP 11.1.

Antrag der Fraktion FW/FDP

Frau **Schaumann** nahm kurz Stellung zum Antrag der Fraktion FW/FDP.

Herr **Krause** merkte an, dass sich die Situation im laufenden Jahr zwar geändert habe, er sprach sich aber dennoch gegen die Streichung des Zuschusses i.H.v. 40.000 € für die Werkstatt Unna aus. Arbeitsmarktpolitische Gründe mit Bezug auf Integration hob er dabei hervor.

Frau **Scharrenbach** teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Sie erinnerte an die Einsparungen in Höhe von 30.000 € bei der VHS, die einen kleineren Haushalt als die Werkstatt Unna verzeichne.

Herr **Heidler** informierte über das umfangreiche und spezifische Angebot der Werkstatt Unna.

Herr **Grosch** schloss sich den Ausführungen von Herrn Krause und Herrn Heidler an. Die Fraktion Die Linke/GAL werde den Antrag nicht unterstützen.

Beschluss:

Die Position 31.03.01.531700 Zuschüsse an private Unternehmen in Höhe von 40.000 € wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: bei 27 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 11.2.

Antrag der Fraktion Die Linke/GAL

Für die Fraktion Die Linke/GAL erläuterte Herr **Grosch** den Antrag. Er verwies auf seine Haushaltsrede des Vorjahres und sprach sich für ein Präsentationsprojekt „Germanensiedlung Westick“ aus. Hierfür sei es sinnvoll, vorab Arbeitsgruppen im Museum zu bilden, die u.a. von den Ortsheimatpflegern unterstützt werden könnten. Die Fraktion Die Linke/GAL hielt es für angebracht, den Antrag an den Kulturausschuss zu verweisen.

Herr **Diederichs-Späh** teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde und plädierte dafür, das Projekt an den Landschaftsverband zu verweisen.

Herr **Heidler** informierte über ein der SPD-Fraktion vorliegendes Schreiben von Herrn Stoltefuß (Ortsheimatpfleger und Sachverständiger), den Antrag in den Planungs- und Straßenverkehrsausschuss zu verweisen.

Frau **Schaumann** war erstaunt über den Antrag, da es in Bergkamen ähnliche Projekte gebe.

Die Frage des **Bürgermeisters** nach dem Einverständnis des Antragstellers mit Blick auf die Zuständigkeit, den Antrag in den Planungs- und Straßenverkehrsausschuss zu verweisen, bejahte Herr **Grosch**.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/GAL wird zur Beratung und Beschlussfassung in den Planungs- und Straßenverkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschlussfassung über die Vorlage 097/2015:

Beschluss:

- A. Die Haushaltssatzung 2016 mit ihren Anlagen wird beschlossen.
- B. Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2016 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 12.
107/2015

Bestätigung des Gesamtabchlusses 2014

Beschluss:

1. Der Gesamtabschluss 2014 wird einschließlich des Gesamtlageberichtes und Beteiligungsberichtes bestätigt.
2. Der Gesamtjahresfehlbetrag 2014 in Höhe von 6.138.677,13 Euro wird durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
3. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2014 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.
108/2015

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH

Beschluss:

Den in der Anlage dargestellten Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH wird zugestimmt; die Vertreter der Stadt Kamen in den Gremien der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH werden ermächtigt, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den geänderten Gesellschaftsvertrag im Rahmen des kommunalrechtlichen Anzeigeverfahrens bei der Kommunalaufsicht anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.

Abfälle sind kein Fall für das Abwasser
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Fuhrmann** erläuterte kurz den Antrag für die CDU-Fraktion. Dieser basiere auf der hohen Rattenpopulation innerhalb des Stadtgebietes. Daher schlage er vor, den Gebührenbescheiden ein Beiblatt beizufügen, mit dem Tenor, dass Abfälle nicht ins Abwasser gehören.

Herr **Krause** befürwortete den Antrag. Allerdings würde die Gebührenbescheide nur die Eigentümer, nicht aber die Mieter erreichen. Er regte an, eine entsprechende Beilage dem Abfallkalender beizufügen, da dieser in jeden Haushalt gelange. Aufgrund der engen Zeitschiene sei dies aber erst ab 2017 möglich.

Herr **Helmken** informierte über die typischen Verhaltensweisen von Ratten und bat, dies zu bedenken.

Herr **Fuhrmann** unterstütze den Vorschlag von Herrn Krause. Es sei wichtig, die gesamte Bevölkerung anzusprechen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, dass eine Benachrichtigung für Kamener Bürgerinnen und Bürger dem Abfallkalender 2017 beizufügen ist, die darüber aufklärt, dass „Abfälle: Kein Fall für den Abfluss“ sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 15.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen liegen nicht vor.

Zum Ende der Ratssitzung verabschiedete der **Bürgermeister** den ersten Beigeordneten Herrn Jörg Mösgen. Er verlasse die Stadtverwaltung Kamen nach fast 6 Jahren, um bei der Stadt Hamm als Rechtsdezernent tätig zu sein. Er lobte Herrn Mösgen hinsichtlich seines Fleißes, seines kommunikativen Talentes und seines großen Engagements, insbesondere bei der Flüchtlingsarbeit. Er dankte ihm für die jahrelange Zusammenarbeit, sprach ihm seinen Respekt aus und wünschte ihm alles Gute.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Kosanetzki
Schriftführer